

Schuldenkrise in der Eurozone

Eine Herausforderung für die europäische Integration



EMILIA MÜLLER

Die Einführung des Euro war ein wichtiger Schritt in der Geschichte der europäischen Integration. Seit mehr als 12 Jahren gewährleisten der Euro und das dahinter stehende Regelwerk monetäre und wirtschaftliche Stabilität in der Europäischen Union, also Währungsstabilität mit geringer Inflation und geringen Zinssätzen. Die gemeinsame Währung ist die logische und notwendige Ergänzung des Binnenmarkts, dessen Effizienz u.a. durch mehr Preistransparenz und entfallende Währungswechselkosten deutlich gestiegen ist. Inzwischen hat der Euro im globalen Währungssystem eine bedeutende Stellung erlangt: Deutlich mehr als ein Viertel der weltweiten Währungsreserven werden bereits in Euro gehalten, mit stetig steigendem Anteil. Kehrseite dieser Erfolgsgeschichte ist die

ansteigende Verschuldung in der Eurozone sowie der kontinuierliche Verlust der Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro-Mitgliedstaaten. In diesen Ländern wurde das bestehende Regelwerk des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) nicht konsequent genug durchgesetzt. Seit Inkrafttreten des SWP wurden fast 100 Verstöße der Euro-Mitgliedstaaten gegen die Stabilitätsregeln verzeichnet. Es kam jedoch in keinem Fall zu Sanktionen. Der SWP wurde aufgeweicht und konnte auch deshalb die ihm zugedachte Wirkung nicht voll entfalten.

Um das Vertrauen der Märkte in einzelne Euroländer und in die Eurozone dauerhaft wiederherzustellen, muss man sowohl der Gesamtverschuldung wie auch der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit einiger Mitgliedstaaten effektiv entgegen treten. Mit der Einrichtung des 750 Mrd. Euro schweren Rettungsschirms haben sich die Euro-Mitgliedstaaten Zeit gekauft, um nachhaltige Lösungen für die Stabilisierung der Eurozone zu entwickeln. Auf dem Frühjahrsgipfel am 24./25. März 2011 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ein Gesamtpaket, das sich im Wesentlichen aus folgenden fünf Elementen zusammensetzt:

1. „Europäisches Semester“ - Stärkere haushaltspolitische Überwachung
Kernziel des „Europäischen Semesters“ ist es, die Haushalte in der EU und im Euroraum schon vor ihrer jeweiligen Verabschiedung zu koordinieren. Unter Wahrung der Haushaltshoheit der Mitgliedstaaten legt die Europäische Kommission den Mit-

gliedstaaten Leitlinien vor, die diese bei der Erstellung ihrer Stabilitäts- und Konvergenzprogramme sowie der Nationalen Reformprogramme berücksichtigen sollen. Das „Europäische Semester“ ist damit ein wichtiges Instrument, um in Europa endlich eine strengere Stabilitätskultur durchzusetzen. Staaten, die nicht nachhaltig wirtschaften, kann frühzeitig aufgezeigt werden, welche Strukturreformen noch intensiver angegangen werden müssen und welche Leitplanken sie beim Aufstellen der nationalen Haushalte beachten sollten.

2. Euro-Plus-Pakt

Der Euro-Plus-Pakt soll in Ergänzung der Strategie Europa 2020 eine neue Qualität der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Euroraum schaffen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und ein größeres Maß an Konvergenz zu erzielen. Die Staats- und Regierungschefs werden sich jedes Jahr politischen Selbstverpflichtungen unterwerfen, die innerhalb von 12 Monaten zu verwirklichen sind. Der Pakt gilt neben den Mitgliedstaaten der Eurozone für die freiwillig beigetretenen Nicht-Euroländer Bulgarien, Dänemark, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien. Ob der Pakt geeignet ist, schwache EU-Mitgliedstaaten wettbewerbsfähiger zu machen, wird sich in der Praxis erst noch erweisen müssen.

3. Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts

Mit der Reform des SWP soll künftig ein strikteres Regime eingeführt werden. Mit früher eingreifenden und härteren Sanktionen, die quasi-automatisch verhängt werden, >



Bitte vormerken! Bayerischer Wirtschaftstag
am 18. Juli 2011, 15.00 bis 19.00 Uhr,
im Congress Centrum Würzburg

> soll es gelingen, hohe Staatsverschuldungen zu bekämpfen. Außerdem müssen über der Marke von 60 % liegende Schuldenstände mit 5 % pro Jahr abgebaut werden. Geschieht das nicht, so drohen empfindliche Strafen. Auch wenn es nicht gelungen ist, das Verfahren von politischen Entscheidungen unabhängig auszugestalten, so bleibt die Hoffnung, dass es künftig rigider angewendet wird. Denn nur wenn Übertretungen strenge Konsequenzen haben, wird es möglich sein, künftige Schuldenkrisen zu verhindern.

Daneben wird ein neues Element der multilateralen Überwachung, ein Frühwarnsystem zur Vermeidung übermäßiger makroökonomischer Ungleichgewichte, eingeführt. Bayern hätte sich bereits früh für ein Ranking unter den Mitgliedstaaten mit dem Ziel einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit eingesetzt. Hierzu ist es wichtig, dass sich die schwachen den starken Mitgliedstaaten annähern. Nicht europäisches Mittelmaß ist das Ziel, sondern Exzellenz nach internationalem Standard.

4. Ausgestaltung des aktuellen Rettungsschirms und des künftigen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)

Zu den Zugeständnissen, die die Bundesregierung in Brüssel bei den Verhandlungen machen musste, zählt insbesondere die Aufstockung der verfügbaren Garantiesumme des aktuellen Rettungsschirms auf effektive 440 Mrd. Euro sowie die Festlegung des Volumens des künftigen ESM auf 700 Mrd. Euro. Damit erhöht sich das aktuelle Haftungsrisiko Deutschlands von derzeit ca. 123-147 Mrd. Euro auf über 200 Mrd. Euro. Hinzu kommt, dass Deutschland für den ab 2013 geltenden ESM nicht nur in Höhe von 168 Mrd. Euro garantieren muss, sondern zusätzlich 22 Mrd. Euro in einen Kapitalstock einzahlen soll. Mit einem Veto-Recht können sich die Mitgliedstaaten jedoch vor Überforderung schützen. Denn wer den Rettungsschirm in Anspruch nehmen will, braucht einen einstimmigen Beschluss der Euro-Mitgliedstaaten. Für die Einstimmigkeit der Beschlüsse hat sich die Bayerische Staatsregierung besonders stark gemacht.

5. Finanzhilfen nur als Ultima Ratio

Wichtig ist für uns vor allem das Prinzip der Ultima Ratio. Danach wird der Stabilitätsmechanismus nur dann aktiviert, wenn es unabdingbar ist, um die Stabilität des Euro-Währungsgebietes insgesamt zu wahren. Auch die von Bayern geforderte strikte Konditionalität wurde beschlossen, d.h. dass Finanzhilfen nur gegen die Verpflichtung des Empfängerlandes zu strikten Sparprogrammen gewährt werden.

Fazit:

Wir stehen zu der europäischen Wertegemeinschaft, uns eint die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft. Dazu gehört Generationengerechtigkeit und finanzpolitische Solidität. Bayern hat sich immer für einen stabilen Euro eingesetzt.

Das Gesamtpaket zur Stabilisierung der Eurozone ist ein wichtiger Schritt, um die Schuldenkrisen einiger Euroländer anzugehen und künftigen Krisen vorzubeugen. Zugleich birgt das Gesamtpaket hohe finanzielle Risiken für Deutschland. Die Bareinzahlung in den Kapitalstock wird den Bundeshaushalt direkt belasten. Für die Aufstockung des aktuellen Rettungsschirms und die Höhe des künftigen ESM steht Deutschland mit Garantien ein.

Um Risiken für Deutschland abzuwenden und die strikte Durchsetzung der Reformeckpunkte zu gewährleisten, ist es Bayern besonders wichtig, dass bei allen künftigen Rettungsmaßnahmen unsere nationalen Parlamente, Bundestag und Bundesrat substantiell beteiligt werden. Bundestag und Bundesrat müssen so früh wie möglich eingebunden werden, um die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger zu Gehör zu bringen. Wir wollen Stabilität in der Eurozone. Wir müssen aber eine Überforderung Deutschlands vermeiden.



EMILIA MÜLLER
Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Dr. Heiner Hasford, Gräfelfing
- Dr. jur. Harald Hölder, München
- Dipl.-Psychologin Gerlinde Seipp, Lindau
- Michael Heubusch, Dipl.-Betriebswirt (FH), Rosenheim
- Franz Achter, Achter Elektronik AG, Aldersbach
- Initiative ChemDelta Bavaria, Burgkirchen

Hinweis in eigener Sache!

Der Wirtschaftsbeirat Bayern und der Landesverband Sachsen im Wirtschaftsrat Deutschland veröffentlichen anlässlich des 20-jährigen Bestehens der »Bayerisch-Sächsischen Unternehmertage« eine Jubiläumsbroschüre.



Mehr darüber lesen Sie im beiliegenden Anschreiben!



Alles in Textil... bestickt – gewoben – bedruckt – bestrast individuell gefertigt z.B. Trage-/Rucksacktaschen für Kinder & Erwachsene auch Öko-Tex/Bio-Baumwolle

München – Kiblegg – Zürich – Wien
Kerler GmbH Accessoires & Fashionteam
Schwanthaler Strasse 100, 80336 München
Telefon: 089 54329890,
Telefax: 089 54343587,
E-Mail: post@kerler.de
Internet: www.kerler.de,
www.kerlergmbh.ch, www.kerler.at

Anzeigen im bringen Kontakte!

1/1 19 x 27,3 cm € 1.320,-	1/2 19 x 13,4 cm € 850,-	1/3 hoch: 6 x 27,3 cm quer: 19 x 8,8 cm € 620,-	1/4 hoch: 6 x 20 cm quer: 19 x 6,4 cm € 495,-	1/6 hoch: 6 x 13,4 cm quer: 19 x 4,2 cm € 340,-	1/8 hoch: 6 x 9,8 cm quer: 9,2 x 6,4 cm € 290,-
----------------------------------	--------------------------------	--	--	--	--

Anzeigen bequem und formlos per E-Mail buchen oder Mediadata anfordern:

verlag@weltbuch.com

Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

als ich das letzte Editorial zu Papier gebracht habe, lag die Landtagswahl in Baden-Württemberg am 27. März noch vor uns. Was sich im Vorfeld als Fukushima-Faktor bereits abgezeichnet hatte, wurde am Wahlabend Gewissheit. Die schwarz-gelbe Koalition ist abgewählt worden. Nach 58 Jahren ist die Union im Nachbarland erstmals nicht mehr in der Regierungsverantwortung. Grün-rot wird die Macht in Stuttgart übernehmen. Obwohl letztlich von nur rd. 16 Prozent der Baden-Württemberger aktiv gewählt, wird mit Winfried Kretschmann voraussichtlich erstmals ein Grüner Ministerpräsident in einem Bundesland.

Die Auswirkungen auf die politische Landschaft sind weitreichend. So ist die „Süd-

schiene“ zerbrochen. Jahrzehntlang haben Bayern und Baden-Württemberg von der gesunden Mischung aus nachbarlicher Kooperation und Wettbewerb („Koopetition“) profitiert. Beide Länder sind auch dadurch zu Spitzenstandorten im globalen Wettbewerb aufgestiegen. Mit dem Gleichklang, der gerade auch in einer aktiven, zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik zum Ausdruck kam, ist es zunächst einmal vorbei. Fällt Baden-Württemberg wirtschaftlich zurück, kann auch uns das nicht gleichgültig sein. Man kann nur hoffen, dass sich mittel- und längerfristig nicht auch noch Baden-Württemberg aus dem Kreis der Geberländer im Länderfinanzvergleich verabschiedet. Schlechte Vorbilder gibt es bereits zur Genüge.

Die Gestaltungsmehrheit, die die christlich-liberale Koalition nach der Bundestagswahl im Herbst 2009 nicht nur im Bundestag, sondern auch im Bundesrat noch besaß – und leider nicht genutzt hat –, gehört endgültig der Vergangenheit an. Ein „Durchregieren“ zugunsten überzeugender Reformen aus einem Guss ist nicht mehr möglich. Mehrheiten im Bundesrat lassen sich auch durch gezielte Zugeständnisse an ein einzelnes Land nicht mehr sichern. Etliche Projekte auf der Reformagenda, wie eine große Reform der Gemeindefinanzen oder Steuerentlastungen gegen Ende der Legislaturperiode müssen wohl zu den Akten gelegt werden.

Im Grunde haben wir es künftig mit einer Allparteienregierung zu tun. Das politische

Koordinatensystem verschiebt sich damit zwangsläufig nach links. Deutschland wird grüner, es wird sozialer – ökosozialer. Rahmenpolitische Anliegen der Unternehmen zur langfristigen Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit werden in den Hintergrund rücken – trotz oder vielleicht gerade wegen der gegenwärtig glänzenden Wirtschaftslage.

In Ansätzen wird diese Verschiebung in der politischen Statik bereits spürbar. Wir erleben derzeit so etwas wie einen parteiübergreifenden Wettlauf um den schnellsten Ausstieg aus der Kernenergie – ohne dass gründlich und faktenbasiert über die kritischen Punkte anderer „Brücken“ hinüber in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien diskutiert würde. Stuttgart 21 steht mehr denn je auf wackeligen Beinen. Die Gegner großer Infrastrukturprojekte werden generell Auftrieb bekommen. Wer riskiert noch, dafür abgewählt zu werden? Man muss zudem kein Prophet sein, um vorhersagen zu können, dass Umverteilungsaspekte künftig bei vielen Reformen eine größere Rolle spielen werden.

Jammern hilft freilich nicht. Auch wenn der Gegenwind stärker weht: Wir müssen weiter für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik werben. Dabei ist jeder von uns gefordert.

Herzlichst
Ihr **Jürgen Hofmann**



Kein anderes Thema beherrscht die öffentliche Diskussion derzeit so stark wie die Zukunft der Atomkraft in Deutschland. Nach der Katastrophe von Fukushima befürwortet die Mehrheit der Bevölkerung einen raschen Ausstieg aus der Nuklearenergie. Die Bundesregierung reagierte auf den Reaktorunfall in Japan mit einer energiepolitischen Wende und treibt den Ausstieg aus der Kernkraft seitdem konsequent voran: Acht der insgesamt 17 deutschen Atomkraftwerke stehen infolge des dreimonatigen Moratoriums gegenwärtig still. Doch welche Folgen hat diese Strategie? Wie soll der Strombedarf künftig gedeckt werden? Wie sieht es mit der Versorgungssicherheit aus? Was bedeutet die beschleunigte Ab-

Was die Energiewende bedeutet

Ewald Woste und Dr. Gerd von Laffert sprechen beim Wirtschaftsbeirat über die Konsequenzen des Atomausstiegs

kehr von der Atomenergie für die hiesigen Unternehmen, die auf bezahlbare Energie angewiesen sind? Und welche Kosten könnten durch einen schnellen Umstieg auf die Bevölkerung zukommen?

Derartige Fragen standen jüngst im Mittelpunkt einer Vortragsveranstaltung des energiepolitischen Ausschusses in München. Ihr Titel: „Das Energiekonzept der Bundesregierung – konkrete Herausforderungen, Risiken und Chancen für Deutschland und Bayern“. Als Referenten hatte der Ausschuss Ewald Woste, Vorstandsvorsitzender der Thüga AG und Präsident des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), sowie Dr. Gerd von Laffert, Referatsleiter für energiepolitische Grundsatzfragen im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, gewonnen. Beide Redner wiesen angesichts der Regierungs-

pläne auf eine Reihe von Problemen hin, die gelöst werden müssten.

Um die Stromversorgung in Zukunft auch ohne Atomkraft gewährleisten zu können, reiche ein massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht aus, erklärte BDEW-Präsident Woste. Deutschland müsse zudem verstärkt auf fossile Brennstoffe setzen und in den kommenden zehn Jahren zahlreiche neue Gas- und Kohlekraftwerke errichten. Weil diese unverzichtbare Art der Energiegewinnung aber einen höheren Kohlenstoffdioxid-Verbrauch zur Folge hätte, wären die Betreiber gezwungen, mehr Geld für CO₂-Zertifikate auszugeben. „Dadurch würden die Strompreise steigen“, prognostizierte der Vorstandsvorsitzende der Thüga AG. Ein weiteres Hindernis: Beim Bau von Kohlekraftwerken sei mit immensen Widerständen der Bevölkerung zu rechnen. >>

>> „Es ist inzwischen genauso schwierig ein Kohlekraftwerk durchzusetzen, wie ein Atom-Projekt“, betonte der Referent. Darüber hinaus machte Woste deutlich, dass der BDEW mit der Bundesregierung in punkto Dimension des Einsparpotentials nicht übereinstimme: „Wir glauben nicht daran, dass wir den Stromverbrauch in Deutschland senken können.“

Der für Bayern mögliche Ausbau der Erneuerbaren Energien würde bis 2020 ein Investitionsvolumen in Höhe von etwa 14 Milliarden Euro beanspruchen, schätzte Woste. Am Ende seines Vortrags sprach sich der Referent dafür aus, dass die künftige Regelung über die Nutzungsdauer der Kernenergie von allen Parteien mitgetragen werden müsse: „Es darf keinen politischen Alleingang geben.“

Dr. Gerd von Laffert vertiefte im Anschluss die Energie-Situation im Freistaat. Das Wirtschaftsministerium hat zusammen mit anderen Ressorts die anspruchsvolle Aufgabe, bis Mitte Mai ein Konzept zu entwickeln, das ersichtlich machen soll, auf welche Art und Weise der energiepolitische Umstieg Bayerns in den nächsten zehn Jahren gelingen kann. Als notwendige Eckpunkte einer

Energiewende listete von Laffert insbesondere „den Netzausbau, die Erforschung und den Aufbau von Speichern, den Bau von Gaskraftwerken und einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere der Wasserkraft“ auf.

Weil die Kohle in Bayern kaum eine Rolle spielt und die Kernenergie überdurchschnittlich stark genutzt wurde, habe der Freistaat bislang eine gute Klimabilanz aufweisen können. Zum energiepolitischen Umstieg könne Bayern indes nur unterproportional beitragen. Dies liege insbesondere daran, dass das Energiekonzept der Bundesregierung schwerpunktmäßig auf den Ausbau der Windkraft setze. Mangels Küstenregionen verfüge der Freistaat diesbezüglich nicht über das Potential der norddeutschen Länder. Die bayerischen „Pfunde“ Wasserkraft, Photovoltaik und Geothermie hingegen spielten im Energiekonzept Berlins nur eine untergeordnete Rolle.

Die Regierungspläne könnten also dazu führen, dass Bayern – anders als heute – in Zukunft von externen Stromlieferungen abhängig sein wird. „Ohne Kernkraft und Kohleverstromung ist es Bayern auf lange Zeit praktisch nicht mehr möglich, seinen

Strombedarf aus eigener Erzeugung zu decken“, bilanzierte von Laffert. Gleichzeitig machte der Referent aber auch deutlich, dass dies nicht zwangsläufig Versorgungengpässe bedeuten müsse: Sofern ein funktionierender europaweiter Strommarkt und eine ausreichende Leitungsinfrastruktur existiere, könne Bayern den Strom auch aus Solarkraftwerken aus dem Mittelmeerraum oder aus Kernkraftwerken und konventionellen Kraftwerken der östlichen und westlichen Nachbarländer beziehen. Ein echter europäischer Energiebinnenmarkt sei gewissermaßen die „Lebensversicherung“ der bayerischen Wirtschaft, weshalb der Freistaat eine gemeinsame EU-Energiepolitik unterstützen müsse.

Im Vorfeld der beiden Reden hatte Prof. Rainer Frank Elsässer den Vorsitz des energiepolitischen Ausschusses an Armin Geiß abgegeben. „Ein idealer Nachfolger“, wie Elsässer unterstrich. Geiß, der dem WBU seit über 20 Jahren verbunden ist, und Generalsekretär Dr. Hofmann würdigten „das Herzblut und die Kompetenz“ Elsässers. Ewald Woste und Maximilian Faltlhauser fungieren als Stellvertreter des neuen Ausschussvorsitzenden.

Lutz Korndörfer

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken



Bild 1: Am 22. März sprach Michael Frank, Serviceplan Gruppe, vor dem Ausschuss für Medienpolitik.

Bild 2: Am 23. März trafen sich die Jungen Unternehmer im Landtag.

Bild 3: Der Arbeitskreis Ordnungspolitik begrüßte am 29. März den Bundesverfassungsrichter a.D., Prof. Dr. Hans Hugo Klein.

Bild 4: Dr. Adrian von Hammerstein, Kabel Deutschland Holding AG, am 5. April zu Gast beim Ausschuss für Medienpolitik.

Bild 5: „Weltwirtschaft: Freeclimbing in unsicherem Wetter“ war das Thema von Dr. Theodor Weimer, Sprecher des Vorstandes Hypo Vereinsbank AG, am 6. April beim Ausschuss für Wirtschaftspolitik.

Bild 6: Der Bezirk Rosenheim lud am 7. April Thorsten Weinelt, UniCredit Group, ein.

Bild 7: Die Jungen Unternehmer trafen sich am 11. April zu politischen Gesprächen im Bundestag in Berlin.

Energiepolitik erfordert vernetztes Denken



ARMIN GEISS

Wohl über kein Ereignis wurde in den letzten Tagen und Wochen in den Medien so intensiv berichtet wie über die furchtbare Naturkatastrophe in Japan und die daraus resultierenden Ereignisse um das Kernkraftwerk Fukushima.

In Deutschland konzentrieren sich große Teile der Berichterstattung nicht etwa auf den Tod und das Elend der betroffenen Menschen, sondern auf die Konsequenzen für unsere nationale Energiepolitik, speziell die Kernenergienutzung.

Hierbei wird der Eindruck erweckt, durch Fukushima habe sich die Sicherheitslage deutscher Kernkraftwerke verändert, was nun notwendigerweise zur schnellstmöglichen Abschaltung führen müsse. Richtig ist: An der Sicherheit der Kernkraftwerke in Deutschland hat sich durch Fukushima nichts geändert. Die deutschen Kernkraftwerke waren nie absolut sicher, sie sind es heute nicht, und kein Kernkraftwerk dieser Welt wird jemals absolut sicher sein. Das hat im Übrigen auch nie jemand behauptet. Entscheidend ist: Die Kernkraftwerke in Deutschland werden und wurden gegen jeden erdenkbaren Störfall ausgelegt. Zugegeben – in Deutschland wohl nicht gegen einen Tsunami. Bei einem Kernkraftwerk unmittelbar am Pazifik hätte aber eine derartige ausreichende Auslegung erfolgen müssen. In Japan war dies offenkundig nicht der Fall.

Unstreitig ist, dass gleichwohl selbstverständlich intensiv und umfassend geprüft werden muss, ob bzw. welche Lehren aus Fukushima für unsere Anlagen gezogen werden müssen. Das ist zwischen Kernenergie-Gegnern und -Befürwortern außer Diskussion. Außer Diskussion ist auch, dass von der Kernenergie auf andere Energieträger umgestellt werden soll. Seit 25 Jahren wurde in Deutschland kein neues Kernkraftwerk mehr errichtet. Kein Mensch denkt daran, in Zukunft neue Kernkraftwerke zu errichten. In Diskussion ist lediglich, wie und in welcher Zeit ein Umstieg möglich ist.

Dabei werden wesentliche Aspekte vernachlässigt oder zumindest stiefmütterlich behandelt.

- Klimawandel: Wird die CO₂-freie Kernenergie weniger eingesetzt oder abgeschaltet, führt das zumindest kurz- und mittelfristig zu einem erhöhten CO₂-Ausstoß in der deutschen Stromerzeugung, weil fossile Kraftwerke stärker eingesetzt werden müssen. Dies ist bereits derzeit mit der Abschaltung der ersten Kernreaktoren der Fall. Bei allen Maßnahmen gilt es, das Risiko Kernenergie/Klimawandel abzuwägen, und zwar verstärkt, wenn an EU- bzw. weltweite Maßnahmen gedacht wird.

- Wir haben erlebt, dass sich die deutsche Wirtschaft nach der Finanzkrise sehr schnell erholt hat, besonders wenn man dies mit anderen Ländern innerhalb und außerhalb der EU vergleicht. Das ist nicht zuletzt auf eine industrielle Basis zurückzuführen, über die z.B. Länder wie Irland, Griechenland oder Portugal nicht verfügen. Ob wir insbesondere die energieintensiven Branchen und ihre Arbeitsplätze halten können, hängt wesentlich von wettbewerbsfähigen Energiepreisen ab. Unstreitig ist: Eine Umstellung auf Regenerative ist extrem teuer. Nehmen wir diese Umstellung nicht international abgestimmt vor, gefährden wir die industrielle Basis. Bei Erzeugungspreisunterschieden zwischen Kernenergie und z.B. Photovoltaik um den Faktor 5 ist es eine Illusion, dass dies keine Auswirkungen auf den Strompreis und somit auf den Wirtschaftsstandort Deutschland hat.

- International abgestimmtes Vorgehen und Koordinierung sind also dringend erforderlich. Ein deutscher Alleingang ist kontraproduktiv, auch weil er für die Sicherheit der Kernenergienutzung in der Welt keinen Fortschritt bringt. Es macht offensichtlich keinen Sinn, Kernkraftwerke in Deutschland abzustellen und stattdessen Strom aus Ländern zu beziehen, die ebenfalls Kernenergiestrom erzeugen und unmittelbar an Deutschland angrenzen. Und es macht auch keinen Sinn, unsere Industrie in Strombilligländer zu treiben, die sich über einen Stromsonderweg Deutschlands freuen.

- Schließlich muss jedem klar sein: Der Aufbau neuer Energiesysteme sowohl im Erzeugungsbereich wie auch hinsichtlich der Infrastruktur (Leitungen und Speicher) ist nicht nur teuer, sondern setzt die Akzeptanz nachhaltiger Eingriffe in die Natur voraus. Der Wechsel von der Kernenergie zu neuen Energiesystemen wird nur so schnell von statten gehen können, wie es gelingt, die neuen Energiesysteme zu installieren. Die Akzeptanz hierfür herbeizuführen, ist eine, wenn nicht die zentrale und schwierigste Aufgabe der energiepolitischen Diskussion. Die Politik ist hierbei besonders gefordert, die Öffentlichkeit über die Konsequenzen ihrer Energiepolitik zu unterrichten und davon zu überzeugen.

Gegen alles „Nein“ zu sagen, geht nicht. Heute gegen Kernkraftwerke, morgen gegen das Kohlekraftwerk, übermorgen gegen den Windpark und danach gegen die erforderlichen Leitungen zu Felde zu ziehen, mag zwar im Einzelfall populär sein, ist aber nicht verantwortlich. Die Verhinderer regenerativer Anlagen, von Pumpspeicherkraftwerken und Leitungen sind die Verhinderer einer neuen Energiewirtschaft. Hier gilt es wieder ein vernünftiges Maß zu finden: das Allgemeinwohl muss wieder vor Partikularinteressen Einzelner stehen.

Die Welt ist kompliziert und vernetzt. Diesen Anforderungen gerecht zu werden, ist vorrangige Aufgabe auch der aktuellen energiepolitischen Diskussion.

ARMIN GEISS
Vorsitzender des Ausschusses für Energie- und Rohstoffpolitik

Impressum

Redaktionsschluss: 21.04.2011

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel.: 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann • **Produktion:** WELTBUCH Verlag, Tel. 0351-4794244, www.weltbuch-service.de

Terminvorschau

6. Mai, München, Ausschuss für Tourismus: „Olympische und Paralympische Winterspiele 2018 – Chancen für den Tourismus durch Sport-Großveranstaltungen“

10. Mai, München, Ausschuss für mittelstandspolitik: Dr. Edmund Stoiber, Bayerischer Ministerpräsident a.D. „Freiheit oder Sicherheit – Bürokratieabbau in Europa“

11. Mai, München, Bezirk München (Termin entfällt!)

17. Mai, Neumarkt, Bezirk Jurakreis: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern „Wirtschaftsbeirat Bayern – Anwalt einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik“

19. Mai, München, Ausschuss für Wirtschaftspolitik: Staatsminister a.D. Dr. Werner Schnappauf, Ehemaliger Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) „Investitions-offensive für Deutschland“

20. Mai, Bad Reichenhall, Bezirk Berchtesgadener Land/ Traunstein: Dr. Peter Raumsauer MdB, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung „Aktuelle Fragen zur Verkehrsinfrastruktur im süd-ostbayerischen Raum“ und „Novellierung des Bundesbaugesetzes“

23. Mai, München, Ausschuss für Außenwirtschaft: Gergely Pröhle, Staatssekretär im Außenministerium der Republik Ungarn

24. Mai, München, Ausschuss für Sport: Bernhard Schwank, Vorsitzender der

Bewerungsgesellschaft München 2018 GmbH „Olympische und Paralympische Winterspiele in München 2018 – modern, nachhaltig, zukunftsorientiert“

25. Mai, München, Ausschuss für Medienpolitik: Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring, Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien „Global versus lokal? – Die Aufgabenstellung zukünftiger Medienpolitik“

31. Mai, München, Ausschuss für Technologie, Innovationen und Industrie

26. Mai, Burghausen, Bezirk Inn/Salzach und Ausschuss für Umweltpolitik: Prof. Dr.-Ing. Peter Wilderer, Emeritus of Excellence, technische Universität München Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit: Eckpunkte für eine zukunftsweisende Entwicklung“

8. Juni, Rosenheim, Bezirk Rosenheim: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern, „Chancen für die Mittelstandsgesellschaft“

9./10. Juni, Kloster Banz, Ausschuss für Mittelstandspolitik: Bayerisch-Sächsische Unternehmertage „Aktuelle Herausforderungen des Mittelstands unter dem Aspekt Demographie und Finanzierung“

27. Juni, München, Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gemeinsam mit Hanns-Seidel-Stiftung: Christine Haderthauer, MdL, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen „Rente mit 67“

30. Juni, München, Bezirk München

1. Juli, Chiemsee/Fraueninsel, Bezirk Berchtesgadener Land und Bezirk Rosenheim: Frauenwörter Gespräche,

Abt Dr. Johannes Eckert OSB, Kloster St. Bonifaz in München und Andechs „Führen durch Kommunizieren: Benediktinische Aspekte zur Wertediskussion“

4. Juli, München, Ausschuss für Verkehrspolitik

12. Juli, Burghausen, Sommerempfang der ostbayerischen Bezirke Berchtesgadener Land, Inn/Salzach und Passau

14. Juli, München, Arbeitskreis Kirchen

18. Juli, Würzburg, Bayerischer Wirtschaftstag

21. Juli, Fürth, Bezirk Mittelfranken: Christine Haderthauer, MdL, Bayerische Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen „Zukunftserfolg braucht mehr als gute Wirtschaftspolitik!“

22. Juli, München, Forum Brüssel: Klaus Regling, Leiter der Europäischen Finanzmarktstabilisierungsfazilität (EFSF)

11. September, München, Bezirk München: Mittelstandspolitischer Frühschoppen

8. - 11. Oktober, Passau, Bezirk Passau: Delegationsreise nach Ungarn

12. - 13. Oktober, Brüssel, Forum Brüssel und Ausschuss für Mittelstandspolitik: Delegationsreise nach Brüssel *(Termin wird verschoben!)*

15. November, München, Ausschuss für Medienpolitik: Dr. Ludwig Spaenle, MdL, Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus

16. November, München, Jahresversammlung des Wirtschaftsbeirates Bayern

Starker Partner gesucht? Wormser – log(ist)isch!



Spedition Wormser KG
Hauptverwaltung
Konrad-Wormser-Straße 1
D-91074 Herzogenaurach

Telefon: +49 9132 903-0
Telefax: +49 9132 903-259
E-Mail: info@wormser.de
www.wormser.de



Spedition Wormser
Transport · Logistik · International